# News Letter 16: September 1999

## Hitler und Eichmann im Sommerloch

Im August 1999 grub, nachdem der Welt kund getan war, dass im israelischen Staatsarchiv ein umfangreiches Konvolut von Aufzeichnungen Adolf Eichmanns ruhe, die Tageszeitung „Die Welt“ ein anderes autobiographisches Dokument aus gleicher Feder aus. Mit den Unterlagen des Jerusalemer Eichmannprozesses von 1961 liegen die Aufschreibungen des Handlangers beim Judenmord in etlichen Archiven, „Die Welt“ stieß in der Ludwigsburger Zentralstelle der Landesjustizverwaltung zur Aufklärung von NS-Verbrechen auf das Dokument, jubelte die Entdeckung zur Tat der Aufklärung empor, versuchte den Anschein zu erwecken, es handele sich um einen wichtigen Fund, der von den Historikern (wieder einmal) verschlafen worden sei. Die Historiker kannten den Text durchaus, und zwar seit langem, sie maßen ihm aus guten Grund keine Bedeutung zu. Nicht so die Tageszeitung, die im Sommerloch 1999 das Medienereignis daraus zu gestalten versuchte. Dem Abdruck von Auszügen in Serie folgte die Erörterung auf vielen Foren, was dem Publikum bislang entgangen war, welch dringendes Aufklärungsbedürfnis sträflich vernachlässigt worden sei, weil Lieschen Müller noch keinen Zugang zu dem – glaubt man den Aufgeregten – Schlüsseltext zum Holocaust trassiert bekommen hatte.
Worum geht es darin? Um die Selbstdarstellung eines Werkzeugs der NS-Rassenpolitik, verfaßt in der geschwollenen Sprache des Spießers, der feierlich wird, der selbstmitleidig, weil er so viele Leichen anschauen mußte, und uneinsichtig, weil er seine Welt aus Befehl und Gehorsam rechtfertigen muß, Belangloses über sich verkündet. Belanglos in der Sache (weil er zu tief in der Hierarchie des nationalsozialistischen Staates stand und an Entscheidungen nicht beteiligt war) und belanglos hinsichtlich seiner Person (Stilprobe: „Mit dem Überschreiten der österreichischen Grenze ... ließ ich frohe Kindheits- und frühe Jünglingsjahre und meine Männerzeit bis zum 27. Lebensjahr in dem schönen Österreich, das mir zur zweiten Heimat wurde, zurück“). Am Ende des mit Juni 1960 datierten Textes ruft Eichmann der „noch lebenden und der noch kommenden Jugend“ etwas (nicht weiter spezifiziertes) zu. Die „Memoiren eines Massenmörders“, dem sich in der Gefangenschaft („im Zwinger“) „kosmopolitische Gedankengänge“, offenbarten, während mit dem Reich und der Weltanschauung aus Befehl und Gehorsam alles eingestürzt war, enthalten außer solcher Selbstbetrachtung nichts von Interesse. (Übrigens wußte man, was der Organisator des Genozids über sich und seine Welt zu berichten hatte, auch schon aus seinen „Memoiren“, die unter lebhafter Assistenz seines Rechtsanwalts vor bald vier Jahrzehnten in einem rechtsextremen Verlag erschienen sind). Angesichts der auf vielen Zeitungsspalten und in zahlreichen Sendeminuten ausgebreiteten Klage, daß solcher Quellentext der Öffentlichkeit so wenig zugänglich ist, daß es „Die Welt“ zur mutigen Tat brauchte, ist der Gedanke vielleicht nicht abwegig, wie viele Absagen sich ein Historiker oder ein Publizist geholt hätte, der im August 1999 ein Porträt Eichmanns, oder ein Feature über ihn und seine Rolle beim Holocaust oder eine andere recherchierte und reflektierte Geschichte über ihn oder ein anderes Rad in der Mordmaschinerie des NS-Staats den Redaktionen angeboten hätte. Die Ablehnung mit dem Bemerken, dies habe keinen Neuigkeitswert, interessiere die Leser nicht, man habe erst am letzten 27. Januar oder 9. November etwas zum Holocaust gebracht, wäre wahrscheinlich flächendeckend erfolgt.
Nun ist die Rede von der Notwendigkeit, den großen Text aus dem israelischen Staatsarchiv – 1200 Seiten oder mehr – in einer wissenschaftlichen Edition dem Publikum zugänglich zu machen. Edieren kann man alles. Muß man aber auch? Die Proben der Auslassungen von 1960, die die Öffentlichkeit der „Welt“ verdankt, machen den Erkenntnisgewinn deutlich, der uns bevorstehen würde. Vielleicht ändern die gewinnbestrebten Verlage, die um die Rechte feilschen, ihr „diesbezügliches Wollen“ (auch dies eine Formulierung Eichmanns), und das wäre gut so.
Es wäre bemerkenswert gewesen, wenn die Diskussion über Eichmanns Papiere die Debatte über Hitlers „Mein Kampf“ – über die Notwendigkeit einer Neuausgabe – nicht neu belebt hätte. Mit großem Ernst wird eine solche Notwendigkeit auch von seriösen Historikern betont. Kommentiert und von Wissenschaftlern verantwortet natürlich. Endlich könnte dann jeder den Urtext, versehen mit Fußnoten und textkritischer Philologie, nachlesen. Von Meinungsfreiheit ist erregt die Rede und vom unerträglichen Verbot eines Buches, dessen Verlagsrechte der bayerische Staat als Besitzer mit guten Gründen nicht ausüben will. Buchverbote sind natürlich sinnlos, weil sie Begierden wecken, die dann befriedigt werden müssen. Aber von einer Bedrohung der Meinungsfreiheit kann keine Rede sein. Falls es nicht zur Neuausgabe kommt, falls wir weiterhin der kritischen Ausgabe von Adolf Hitlers Hauptwerk entraten müssen, mag sich Trost finden im noch reichlich vorhandenen Bestand in privaten Haushalten, in öffentlichen Bibliotheken, im Internet. Verzichten muß keiner auf die Kenntnis des Wortlauts von „Mein Kampf“. Aufklärung über das Wesen des Nationalsozialismus, über die Verbrechen des NS-Staats, über die Interaktion von Tätern und Zuschauern, über Zwang und Begeisterung, Hinnahme und Unterwerfung der Deutschen wird er in diesem Text, egal wieviel Wissenschaft daran gewendet wird, nicht finden.
Um nicht mißverstanden zu werden: Skepsis gegenüber der Veröffentlichung von bestimmten Quellen hat nichts mit einem Plädoyer gegen die Öffentlichkeit der Wissenschaft oder gegen die Mündigkeit des Bürgers zu tun. Wenn jedoch Gelehrtenfleiß ins Uferlose geht, auch beim Bemühen um Hitlers literarische Hinterlassenschaft, dann wird er zum Selbstzweck und bringt keinen Gewinn an Erkenntnis. Kontraproduktiv im Sinne historischer Aufklärung, das gilt für Eichmanns Selbstdarstellung wie für Hitlers „Mein Kampf“ oder Alfred Rosenbergs „Mythus des 20. Jahrhunderts“, wird die Publikation belangloser Quellen, wenn sie nach den Regeln der Mediengesellschaft nur Sensationslust bedient.

*Wolfgang Benz*

---

## Rumänien und der Holocaust Zu den Massenverbrechen in Transnistrien 1941–1944

Mit der Konferenz, die vom 9. bis 10 Juli 1999 im Literaturhaus Berlin stattfand, hat das Zentrum für Antisemitismusforschung die Reihe „Juden und Judenfeindschaft“ in Osteuropa fortgesetzt und diesmal ein Land gewählt, das nicht nur aus seinem eigenen Selbstverständnis heraus, sondern auch in der deutschen und internationalen Öffentlichkeit kaum im Zusammenhang mit dem Holocaust
wahrgenommen wird. Viele Rumänen sind bis heute davon überzeugt, daß es auf ihrem Territorium keinen Genozid an den Juden gegeben habe. Die mangelnde Auseinandersetzung mit der eigenen Vergangenheit hat sogar dazu geführt, daß in jüngster Zeit immer mehr Stimmen laut werden, die Marschall Ion Antonescu rehabilitieren wollen, da er sich den deutschen Anordnungen widersetzt habe, die rumänischen Juden zur Deportation und Vernichtung auszuliefern. Die Realität sah allerdings anders aus. Unter "rumänischen Juden" verstand das Antonescu–Regime nur diejenigen, die auf dem Gebiet Altrumäniens lebten. Der rumänische Holocaust wurde jedoch gewissermaßen auf ein Ersatzgelände verlegt in die Bukowina, nach Bessarabien und nach Transnistrien.
Deutsche und rumänische Truppen hatten im Juli 1941 Transnistrien eingenommen. Ein zwischen Deutschland und Rumänien geschlossener Vertrag unterstellte das Gebiet von 1941 bis 1944 rumänischer Verwaltung. Mariana Hausleitner (Berlin) bezeichnete Transnistrien, das Territorium zwischen Dnjestr und Bug, als "Massengrab" der dorthin deportierten Juden und Roma. Insgesamt wurden mindestens 250.000 Menschen im Zuge der Deportationen, in den Ghettos und in den Lagern ermordet. Von Sommer 1941 bis Anfang 1942 bestimmten Massaker und Massenmorde die Situation der Juden in den zurückeroberten Gebieten Bessarabiens und der Nord-Bukowina, die Überlebenden wurden nach Transnistrien deportiert. Von Frühjahr bis Ende 1942 wurden dann die Deportationen nach Transnistrien systematisch fortgesetzt. Ziel war die Vertreibung aller Nicht-Rumänen. Diese systematische "Säuberung des Terrains" wurde durch die Niederlage der deutschen und rumänischen Armee in Stalingrad gestoppt. Ab Herbst 1943 konnten schließlich einige deportierte Juden nach Rumänien zurückkehren.
Jean Ancel (Jerusalem) belegte anhand von Direktiven Antonescus an Armee und Polizei anschaulich, daß der Marschall bereits im Sommer 1941, noch vor der Operation "Barbarossa" und vor der Berliner Wannseekonferenz, einen "Masterplan" entwickelt hatte, der auf die "ethnische Säuberung" des rumänischen Territoriums abzielte. Der Pogrom von Iasi am 29. Juni 1941 war der erste Schritt auf diesem Weg. Verstärkte antisemitische Agitation in der lokalen Presse, öffentliche Schuldzuweisungen gegenüber der jüdischen Bevölkerung, für die sowjetischen Bombardierungen verantwortlich zu sein, ließen die antisemitische Stimmung in der Stadt wachsen und endeten schließlich in einem Massaker, dem mindestens 13.000 Juden zum Opfer fielen. Der Pogrom von Iasi wurde in erster Linie von der durch bessarabische Einheiten unterstützten lokalen Polizei, Soldaten der rumänischen Armee, Paramilitärs und der Zivilbevölkerung ausgeführt. Beteiligt waren aber auch in Iasi stationierte Wehrmachtseinheiten, die das Massaker auf hunderten von Fotos, die heute im United States Holocaust Memorial Museum in Washington archiviert sind, festhielten. Der deutsche Einsatzplan hatte allerdings einen solchen Übergriff nicht vorgesehen, die Initiative ging von Antonescus "Masterplan" aus, der die "Evakuierung" aller Juden Iasis und schließlich die Ermordung aller rumänischen Juden vorsah.
Die Deportationen selbst waren Thema des Vortrags von Radu Ioanid (Washington), der drei Phasen unterschied: In den Monaten August und September 1941 wurden vor allem die Juden aus den ländlichen Gebieten in Internierungslager deportiert, während gleichzeitig in den Städten die Juden ghettoisiert wurden. Von September bis November 1941 erfolgte die systematische Deportation der Juden nach Transnistrien als unmittelbare Folge der Anordnung Antonescus. Unter menschenunwürdigen Bedingungen mußten die Juden in Richtung der Lager marschieren, ohne mit Nahrung oder entsprechender Kleidung versorgt zu werden; Mißhandlungen waren an der Tagesordnung. Alle, die dem Konvoi nicht folgen konnten, sei es aus Erschöpfung oder krankheitsbedingt, waren gemäß der offiziellen Anordnungen zu eleminieren. Über 17.000 Menschen starben allein im August 1941 auf dem Marsch in die Lager. 1942 wurde die jüdische Bevölkerung der Bukowina abermals von einer Deportationswelle ergriffen.
Einen Perspektivenwechsel brachte der Vortrag von Andrej Angrick (Berlin), der die Frage nach dem deutschen Beitrag zur Ermordung der Juden Transnistriens untersuchte. Danach kam es in den ersten Kriegswochen von Seiten der Einsatzgruppe D zu zielgerichteten Übergriffen gegen die jüdische Intelligenz. Anders als in den übrigen Ostgebieten lag die Federführung der Vernichtungspolitik gegen die Juden in Transnistrien nicht bei der Einsatzgruppe bzw. dem RSHA, da das Gebiet nach dem Vertrag von Tighina im August 1941 ausschließlich unter rumänischer Kontrolle stand. Opfer der Einsatzgruppe D wurden allerdings alle jene Juden, die - von Rumänien in ukrainisches Gebiet verschleppt – die Zurücktreibungsaktionen der Deutschen auf rumänisches Territorium körperlich nicht durchhielten. Zu einer massiven deutschen Beteiligung an der Vernichtung der Juden kam es in den volksdeutschen Siedlungen, hier allerdings durch das Sonderkommando Rußland der Volksdeutschen Mittelstelle mit den dazugehörigen Reichskommandos. Das SK R war mit der Betreuung der Siedlungen betraut und hatte Anweisung, jegliches Eindringen von Juden dorthin zu verhindern. Der Befehl wurde unerbittlich ausgeführt. Alleine im Winter 1941/42 wurden dort mindestens 28.000 Juden ermordet.
Armin Heinen (Aachen) verglich in seinem Beitrag über die Gewalt–Kultur das Vorgehen der Rumänen mit dem der Deutschen. Während bei den Rumänen die "Normalität“ des Krieges Plünderungen und Vergewaltigungen bedeutete, stand bei den Deutschen der systematische Massenmord an erster Stelle. War bei den rumänischen Militärs das Maß an Grausamkeiten oft noch größer als bei den deutschen, so bot die rumänische Seite doch zumindest denjenigen, die noch etwas besaßen, eine geringe Überlebenschance.
Der in Berlin lebende Schriftsteller Edgar Hilsenrath las zum Abschluß des ersten Konferenztages aus seinem Roman "Die Nacht", der eindrucksvoll die Erfahrungen des Autors aus seiner Kindheit nach der Deportation nach Transnistrien schildert.
Lya Benjamin (Bukarest) eröffnete mit ihrem Vortrag über "Die jüdische Frage im Spiegel des Bukarester Tageblatts" den zweiten Konferenztag. Die Zeitung war in der Kriegsperiode das Sprachrohr der deutschen Botschaft in Bukarest, es spiegelt die nationalsozialistische Politik der „Lösung der Judenfrage“ auf europäischer und rumänischer Ebene. Benjamin untersuchte vor allem die Ausgaben des Jahres 1942. Unter dem Titel "Rumänien wird judenrein" erschien am 8. August ein Artikel, der den Plan, alle Juden aus Rumänien innerhalb eines Jahres zu deportieren, öffentlich machte. Eine lebenswichtige Information für den Widerstand, der sich des „Bukarester Tageblatts“ immer wieder bediente, um über die deutsche Politik und deren Ziele auf dem neusten Stand zu sein. „Wenn ich zynisch sein wollte, müßte ich zu dem Schluß gelangen, daß die Zeitung [ ...] den Juden einen guten Dienst erwiesen hat.“ kommentierte Benjamin.
Brigitte Mihok (Berlin) referierte über das Thema der Behandlung der Roma in Rumänien, ein bisher kaum beachtetes und wenig erforschtes Kapitel rumänischer Geschichte. Eine öffentliche Auseinandersetzung über die Verantwortung für die Deportation der Roma ist bis heute noch weniger erfolgt als jene über die der Juden. 25.000 bis 30.000 Roma wurden nach Transnistrien deportiert, nur etwa 1500 bis 2000 haben überlebt. In ihrem Forschungsüberblick zeigte Mihok, daß die Verfolgung der Roma Rumäniens bisher in der Wissenschaft keine größerer Resonanz gefunden hat. Bis heute liegt weder eine Monographie noch eine gründliche Dokumentation vor.
Viorel Achim (Bukarest) ist einer der ersten, der den Versuch einer Analyse der Deportationsgeschichte der Roma unternimmt. Er unterscheidet sowohl einzelne Phasen als auch verschiedene Kriterien, die bei der Deportation eine Rolle gespielt haben. Vom 1. Juni bis 15. August 1942 wurden alle nichtseßhaften, vom 12. bis 20. September 1942 schließlich auch ein Teil der seßhaften Roma deportiert. Ein wichtiges Kriterium war die Lebensführung. Waren die Roma ohne kontinuierliche Beschäftigung, lebten in schlechten finanziellen Verhältnissen oder verbüßten gar eine Haftstrafe, dann galten sie als „gefährlich“ und „unerwünscht“. Die Deportierten wurden in Transnistrien in Dörfern entlang des Bug angesiedelt, wo sie weder Arbeitsmöglichkeiten noch das Nötigste zum Leben hatten. Viele Roma versuchten, nach Rumänien zurückzukehren, ein großer Teil überlebte dies jedoch nicht. Einige jener Roma, die die Deportation überlebt haben, hat Andrea Varga (Budapest) interviewt. Daraus entstand eine eindrucksvolle Videodokumentation, die die persönlichen Erlebnisberichte wiedergibt.
Hildrun Glass (München) sprach über die Rezeption des Holocaust in Rumänien 1944 bis 1947 und das rumänische Schwarzbuch, dessen erster Band 1946 erschien, aber außerhalb der jüdischen Gemeinschaft kaum Verbreitung fand. Die Ursache sah die Referentin in den gesellschaftlichen Rahmenbedingungen Rumäniens, die eine kritische Auseinandersetzung mit dem Antisemitismus und seinen Folgeerscheinungen nicht zuließ. Auch nach 1944 blieb der Antisemitismus in Rumänien allgegenwärtig.
Glass ging in ihrem Vortrag auch der Frage nach, wie sich das Schicksal der Juden unter der AntonescuDiktatur im politischen Diskurs der Parteien widerspiegelte, die nach dem Sturz des Regimes an der Regierung beteiligt waren. Die Sozialdemokraten waren die einzigen, die sich engagiert mit den Verbrechen an den Juden auseinandersetzten, eine umfassende Wiedergutmachung und die Bestrafung der Schuldigen forderten. Auch die Kommunisten griffen die Frage des jüdischen Schicksals unter dem Antonescu–Regime auf, allerdings nur vor jüdischem Publikum. Das taktische Vorgehen spiegelt sich auch in der Diskrepanz zwischen den programmatischen Forderungen der Partei und der Praxis: So forderte die KP zwar die Rückgabe des enteigneten jüdischen Eigentums, zeigte aber völliges Desinteresse an der praktischen Umsetzung. In den historischen Parteien - Nationale Bauernpartei und Nationalliberale Partei – bewegte sich der Diskurs zwischen Verharmlosen und Leugnen des Schicksals der Juden; die Frage der Wiedergutmachung wurde erst gar nicht gestellt.
Sowohl bei der KP als auch bei den historischen Parteien überwog die Sorge, Wähler und Mitglieder zu verlieren, falls gegenüber den Juden Entgegenkommen gezeigt werden würde. Das Wählerpotential aus den Reihen der Profiteure der Ausplünderung war wesentlich höher als das der jüdischen Bevölkerung.
Hannelore Baier (Bukarest) referierte einen weiteren Aspekt der Rezeptionsgeschichte. Sie sprach von einem "Mythos der nationalen Unschuld", der in den Medien, im Unterricht, von Parlament und Regierung – mit wenigen Ausnahmen – verbreitet wird: Rumänien habe sich am Holocaust nicht beteiligt. Demzufolge hat bisher auch keine Regierung Verantwortung für die Deportation der Juden und Roma nach Transnistrien eingestanden. Dagegen wird vielmehr zunehmend der Versuch unternommen, Antonescu politisch zu rehabilitieren. Er wird als "guter Patriot", als "Kämpfer für die Wiedervereinigung des Landes" gefeiert und zum "Märtyrer" stilisiert. Die rumänischen Historiker allerdings erkennen mittlerweile - wohl unter dem Druck und Einfluß ihrer ausländischen Kollegen - die Verantwortung Antonescus und der rumänischen Behörden für die Deportationen und Massaker.
Lucien Steinberg (Paris) berichtete zum Abschluß der Konferenz von seinen Erfahrungen als 17jähriger Gymnasiast in Bukarest. Er bezeichnete sein Schicksal als "atypisch", da er von Mißhandlungen verschont blieb. Die Zwangsarbeit, zu der er 1942 verpflichtet worden war, habe er zwar oft als sinnlos, jedoch nie als erniedrigend empfunden. Ende September 1943 gelang es Steinberg und seiner Familie, Rumänien in Richtung Palästina zu verlassen.
Die Konferenzbeiträge werden demnächst in einem Sammelband in der Reihe „Dokumente, Texte, Materialien“ im Metropol Verlag Berlin erscheinen.

*Annette Schaefgen*

---

## Hat die jüdische Gemeinschaft in der Westukraine eine Zukunft?

Würde man nicht danach suchen, so würde man es nicht finden: ein Stück einer Mesusa, das noch an einem Türpfosten im ehemaligen jüdischen Ghetto von Czernowitz haftet. Schichten von abblätternder Farbe können nicht verbergen, daß dies einstmals ein jüdisches Haus war.
58 Jahre nach der deutschen Besetzung Galiziens sind noch immer Spuren eines Volkes und einer Kultur zu sehen, die der „Endlösung“ zum Opfer fielen. In den Jahren 1941 bis 1943 wurden 700.000 Juden dieser Region bei Massenexekutionen oder in den Gaskammern des Vernichtungslagers Belzec ermordet. Geblieben sind nur stille Zeugnisse – zerstörte Synagogen, verahrloste Friedhöfe. Daneben existieren die Erinnerungen jener, die überlebt haben und als Juden in einem nahezu unabhängigen Staat leben, in dem demokratische Freiheit auch heißt, daß unterdrücktem Antisemitismus freier Lauf gelassen wird.
Das war die Realität mit der sich die Teilnehmer der vom Zentrum für Antisemitismusforschung organisierten Studienreise in die West-Ukraine vom 20. bis 29. August konfrontiert sahen. Die 37 Teilnehmer - darunter Historiker, Studenten, Bibliothekare, ein katholischer Priester, ein ehemaliger Wehrmachtssoldat, die Leiterin einer KZ-Gedenkstätte - bewegten sich auf den Spuren des Schicksals der jüdischen Gemeinden von Lemberg bis Czernowitz während des Zweiten Weltkriegs und erfuhren, wie sich Juden heute im neuen demokratischen Staat zurechtfinden. Mitarbeiter des Zentrums für Antisemitismusforschung informierten über die Geschichte der ukrainischen Juden, ihre Vernichtung während des Zweiten Weltkriegs und über heutiges jüdisches Leben.
Viele Stunden verbrachte die Gruppe mit dem Historiker und Autor vieler Werke zum Thema jüdische Geschichte und Antisemitismus, Jacob Chonigsman (76), in Lemberg und dem Schriftsteller Josef Burg (87) in der Gegend seines Geburtsortes Wischnitz. Beide führten die Besuchergruppe an Orte, die auf einer gewöhnlichen Touristenroute nicht angesteuert werden. In einem Land, in dem Nationalstolz groß geschrieben wird – wo große und kleine Städte sich rühmen, anstatt des allgegenwärtigen Lenin Statuen des ukrainischen Dichters und Malers Taras Tschevchenko aufgestellt zu haben – ist ein Holocaust Denkmal kaum ein populärer Touristenort. Ungewöhnlich ist es auch mit einem Juden Arm in Arm durch ein Dorf zu laufen, der sich daran erinnert als dieser Ort noch zu 90% jüdisch war. An solchen Orten wird man schnell mit der Beteiligung vieler Ukrainer am Genozid konfrontiert. Hier wird Nationalstolz zur Farce.
Ebenso wie viele Ukrainer heute müssen auch die hier lebenden Juden mit Arbeitslosigkeit, Inflation und politischer Instabilität fertig werden, während sie andererseits eine neue Freizügigkeit in der Ausübung ihrer Religion und beim Reisen genießen und ihre Meinung frei äußern können. Es überrascht nicht, daß in diesem Umfeld antisemitische Äußerungen – direkte und indirekte - zunehmen. Ukrainische Nationalhelden wie Stefan Bandera werden unter offensichtlicher Mißachtung ihrer faschistischen Wur-zeln und ihrer Brutalität wieder zum Leben erweckt. In den ukrainischen ultra-nationalistischen Zeitun-gen, die an vielen Kiosken erhältlich sind, werden Juden für jede Krankheit der Gesellschaft verantwort-lich gemacht und die berüchtigte Fälschung der Jahrhundertwende, die „Protokolle der Weisen von Zion“, können ungestraft als vermeintlicher Beweis für eine jüdische Verschwörung zitiert werden. Erneut stel-len sich Juden die Frage, sollen wir bleiben oder gehen? Diejenigen, die können, verlassen das Land – die meisten in Richtung Israel oder Deutschland.
Für Wissenschaftler, die gewohnt sind, Antworten zu suchen, bedeutete diese Reise einen Schritt weiter. Die Umstände, die zum Genozid geführt haben - die Fakten und der Prozeß des Mordens selbst - ist dokumentiert. Aber in einer Synagoge zu stehen, die heute eine Billard-Halle ist, durch Straßen zu gehen, die einst erfüllt waren von jiddischer Sprache, einen Friedhof zu besuchen, dessen Grabsteine das wirkliche Ende einer Familiengeschichte versinnbildlichen – diese Erfahrungen lassen erst wirklich die Dimension des Verlusts spüren.
In Wischnitz führte Josef Burg die Gruppe auf verschlungenen Wegen durch die Straßen seiner Kindheit. “Hier lebte ein Schneider, und dort ein Kürschner“, sagte Burg an einer Kreuzung des kleinen Dorfes, wo er geboren wurde. „Er hatte elf Kinder ... unglaublich hübsche Mädchen.“ Der Schriftsteller lief weiter die Straße hinunter, die heute nach ihm benannt ist, in einer Stadt, deren jüdische Bewohner vertrieben, in Zwangsarbeitslager verschickt und schließlich vernichtet wurden. Er erinnert sich wie während der deutschen Besetzung in einer anderen Stadt ein jüdischer Metzger von der örtlichen Bevölkerung ermordet wurde, gefällt wie ein Baum mit einer Kettensäge.
In Deutschland wurden die meisten Spuren der Vernichtung ausradiert. Aber in Lemberg kann man die Reste einer von den deutschen Besatzern zerstörten Synagoge aus dem 16. Jahrhundert sehen. In Sadogura sind nur noch die Ruinen der Synagoge, einst Sitz des chassidischen Rabbiners, die jahrelang als Fabrik mißbraucht wurde, zu sehen. In Kosov verdeckt ein Dschungel aus Unkraut und Bäumen die Gräber verehrter Rabbiner und ihrer Frauen. In Czernowitz haben Vandalen die Sargdeckel aus schwerem Marmor zur Seite geschoben, um die Gräber zu plündern. In Drohobycz, dem Geburtsort des berühmten surrealistischen Schriftstellers und Künstlers Bruno Schulz, wird die Synagoge, die von den Nazis geschändet und später als Möbelgeschäft mißbraucht wurde, dem Verfall überlassen; die Eingangshalle ist voller Müll und menschlicher Exkremente. Auf der anderen Straßenseite erhebt sich eine brandneue Kirche dort, wo sich einst der jüdische Friedhof befand. In der Tat fällt auf, daß der gesamte Weg von Lemberg nach Czernowitz gesäumt ist von neuen Kirchen. Und an jeder Straßenecke betteln Kinder und alte Leute um Geld.
Solche Szenen machen die Diskrepanz zwischen den Versprechen demokratischer Freiheit und der Alltagsrealität in der Ukraine deutlich. Beten ist eine der wenigen kostenfreien Aktivitäten. Obwohl in den Läden nahezu alles zu haben ist, sind die Preise für die meisten Ukrainer zu hoch. Arbeitslosigkeit ist weit verbreitet, die Renten sind, wenn sie überhaupt gezahlt werden, minimal, die Lebenserwartung liegt unter dem europäischen Durchschnitt. Unter diesen Umständen werden in den ultranationalistischen Zeitungen alte Sündenbockstereotypen wieder zum Leben erweckt. Jacob Chonigsman berichtet, daß diese Blätter Artikel veröffentlichen, die die Juden nicht nur für die momentane schlechte wirtschaftliche Lage, sondern auch für die Reaktorkatastrophe in Tschernobyl und für die entsetzliche Hungersnot 1932/33, der Millionen zum Opfer fielen, verantwortlich machen. Darüber hinaus verharmlosen diese Zeitungen den Holocaust und beschuldigen die Juden, den Genozid frei erfunden zu haben, um die Gründung des Staates Israel zu rechtfertigen.
Auf die Frage nach ihren aktuellen Erfahrungen mit Antisemitismus erwähnten einige jüdische Ukrainer diese Veröffentlichungen. Aber ihr tägliches Leben ist ebenso gut oder schlecht wie das ihrer christlichen Nachbarn. Obgleich es in der Ukraine Gesetze gibt, die es den Medien verbieten, rassistischen, ethnischen oder religiösen Haß zu verbreiten, scheint es nicht so leicht zu sein, gegen Herausgeber solcher Zeitungen vorzugehen. Chonigsman, der zusammen mit zwei Akademikerkollegen eine Broschüre verfaßte, die einigen dieser Publizisten vorwirft, „Judeophobie“ zu schüren, wurde von der Gegenseite wegen Verleumdung und Besudelung des Rufs der Nation verklagt. Chonigsman muß am 20. September 1999, dem höchsten jüdischen Feiertag Jom Kippur, vor Gericht erscheinen.
Die Reaktionen der Teilnehmer auf die Erlebnisse der Studienreise waren so unterschiedlich wie ihr jeweiliger Hintergrund. Der katholische Feldgeistliche der Bundeswehr nahm an der Reise vor allem deshalb teil, weil er vermeiden will, daß die „Bundeswehr je wieder mißbraucht wird“. Er wollte die Orte selbst sehen, „wo eine Welt, die einst existierte, nicht mehr vorhanden ist. Es darf nie wieder geschehen.“
Für eine Teilnehmerin nahm die Reise eine unvorhergesehene Wendung. Sie fand sich in jener Stadt wieder, wo ihr Vater geboren wurde, obwohl sie eigentlich nur einmal die Gegend sehen wollte. Als eine andere Teilnehmerin sie fragte, wo ihr Vater denn geboren sei, nannte sie den Namen. Josef Burg, der dies zufällig mitbekommen hatte, sagte, die Stadt sei nur 15 Kilometer entfernt. „Es war wie ein Märchen aus 1001 Nacht, wenn jemand am richtigen Platz zum richtigen Zeitpunkt steht und sich die Tür öffnet“, sagte die in München als Kind von jüdischen Displaced Persons geborene Mitreisende. „Ich dachte, ich würde nicht zurückgehen. Ich hatte das Gefühl, daß dies das Ende der Welt für mich sei.“
„Es war eine ernste und traurige Reise“, sagte sie und resümierte damit vielleicht sogar die Gefühle aller Teilnehmer. „Wir fanden Spuren jüdischen Lebens, die eigentlich nicht mehr existieren, obgleich jeder dieser Orte einstmals voller Juden war.“

*Toby Axelrod*

*(Nachdruck erlaubt, Honorarabsprache mit der Autorin)*

---

## Brewster S. Chamberlin vom United States Holocaust Memorial in Washington als Gastprofessor am Zentrum für Antisemitismusforschung

Für das Wintersemester 1999/2000 konnte Brewster S. Chamberlin für die Stiftungsgastprofessur, die von der Deutschen Bank, der Dresdner Bank und der HypoVereinsbank finanziert wird, gewonnen werden. Brewster S. Chamberlin wird in seiner Lehrveranstaltung „Wem gehört die Vergangenheit?“ die geistesgeschichtliche Entwicklung von Theorie und Praxis der Institutionalisierung des Gedenkens in der amerikanischen Kultur behandeln. Verschiedene konkrete – gelungene und weniger gelungene – Gedenkorte, wie z.B. der Hiroshima-Atombomen-Komplex, das amerikanische Indianer-Museum, das Holocaust Memorial Museum etc., sollen als Beispiel dienen, um der Frage nachzugehen, ob die amerikanischen Mahn-, Gedenk- oder Lernorte der öffentlichen Erinnerungskultur als Vorbilder für europäische bzw. deutsche Mahnmale dienen können.
Brewster S. Chamberlin, 1939 in New York geboren, studierte in New York, Maryland und Hamburg europäische Geschichte und amerikanische Geistesgeschichte; nach seiner Promotion über den „Alldeutschen Verband in der Weimarer Republik“ lehrte er an der University of Maryland und an der Johns Hopkins University in Washington D.C. Von 1976 bis 1981 war er Mitarbeiter des amerikanischdeutschen OMGUS-Projektes und wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Zeitgeschichte in München. Chamberlin gehörte von Beginn an der Planungsgruppe des U.S. Holocaust Memorial Museums an und wurde 1986 Leiter des dortigen Archivs und der Bibliothek. Bis 1999 koordinierte er als Direktor der Abteilung „International Programs“ die weltweiten Projekte des Museums.

---

## NEUERSCHEINUNGEN

**Jüdische Arbeits- und Berufsfürsorge in Deutschland 1900-1933**

Seit der Jahrhundertwende wandelte sich im Rahmen einer modernen jüdischen Wohlfahrtspflege die „Berufsumschichtung“ zu einem Instrument der Arbeitsmarktregulierung und sozioökonomischen Existenzsicherung für Juden. Allgemeine wirtschaftliche, politische und kulturelle Faktoren wie die staatliche Arbeitsmarktpolitik, die Sozialgesetzgebung, die Folgen von Inflation und Weltwirtschaftskrise und auch der Einfluß der Reformpädagogik trugen ebenso zu dieser Umorientierung bei wie spezifisch jüdische. Die vor dem Hintergrund der abweichenden Sozial und Berufsstruktur der Juden entstandenen besonderen sozioökonomischen Problemlagen, die Auswirkungen der ostjüdischen Einwanderung und der Einfluß der jüdischen Jugendbewegung werden in dieser Studie untersucht.

*Angelika Kipp*, Jüdische Arbeits- und Berufsfürsorge in Deutschland 1900-1933,
Berlin 1999 (Reihe Dokumente, Texte, Materialien, Bd. 31, Metropol Verlag, DM 38.-)

**Judenmord in Litauen**

Unter deutscher Besatzung wurde in den Jahren 1941 bis 1944 fast die gesamte litauische Judenheit ermordet. In den Ghettos von Kaunas, Wilna, Šiauliai und Švenclonys, im Wald von Ponary vor den Toren Wilnas, in den Forts um Kaunas, aber auch an anderen, unbekannten Orten, fanden fast eine viertel Million Menschen den Tod. Die vorliegenden Studien zeigen, welche Voraussetzungen von litauischer Seite für den Holocaust geschaffen wurden und wie die Mordaktionen des nationalsozialistischen Besatzungsregimes geplant und – zum Teil mit Hilfe litauischer Kollaborateure – durchgeführt wurden. Augenzeugenberichte Beteiligter und Beobachtender geben authentisches Zeugnis des Massenmordes an den litauischen Juden.

*Wolfgang Benz*, *Marion Neiss* (Hrsg.), Judenmord in Litauen.
Studien und Dokumente
(Reihe Dokumente, Texte, Materialien, Bd. 33 , Metropol Verlag, DM 36.-)

---

## Veranstaltungshinweise

### Wissenschaft und Praxis im Dialog

Konferenz über
Rechtsextremismus und Jugendgewalt in Berlin und Brandenburg
1./ 2. November 1999

Die Arbeitsstelle Jugendgewalt und Rechtsextremismus am Zentrum für Antisemitismusforschung will wissenschaftliche Ergebnisse stärker als bisher für Strategien gegen fremdenfeindliche Jugendgewalt nutzen. Sie versteht sich als Vermittlerin, die wissenschaftliche Analyse, praktische Erfahrung und die Erfordernisse politischer Umsetzung zusammenführt. Sozialwissenschaften und Psychologie haben verschiedene Ursachen fremdenfeindlicher Gewalt ermittelt: Abstiegsangst, Arbeitslosigkeit und damit verbundene gesellschaftliche und wirtschaftliche Unterprivilegierung, psychische und soziale Pathologien sowie Erziehungs- und Sozialisationsdefizite. Gleichzeitig ist Jugendgewalt in den Neuen Ländern Ausdruck einer Gegenkultur, die sich von der demokratischen Kultur der Bundesrepublik abgrenzt. Weil die Ursachen vielfältig sind und langfristig wirken, bleiben Gegenmaßnahmen eine Daueraufgabe, die nicht an eine einzige Instanz zu delegieren ist. Um so wichtiger ist der Dialog zwischen Wissenschaftlern und Praktikern aus Kommunal- und Landesverwaltungen, Jugendarbeit und Polizei.

| Datum | | Veranstaltung | Vortragender / Podium |
|---|---|---|---|
| 1. November 1999 | 10.00 | Einführung | Wolfgang Benz |
| | 10.15 | Aktuelle Entwicklungen des Rechtsextremismus | Bernd Wagner (Berlin) |
| | 11.30 | Landes- und Kommunalprojekte gegen Jugendgewalt, Podiumsdiskussion | Torsten Bensch ( Tolerantes Brandenburg, Potsdam)<br>Wolfram Hülsemann (RAA Brandenburg, Potsdam)<br>Moderation: Peter Widmann (ZfA, Berlin) |
| | 14.00 | Initiativen gegen Gewalt und Rassismus, Podiumsdiskussion mit: | Ralf Bartsch (FH Potsdam)<br>Andrea Buch (Bez.Amt Potsdam)<br>Susanne Lang (Aktion Noteingang, Bernau)<br>Moderation: Bernd Wagner (Zentrum für Demokratische Kultur, Berlin) |
| | 16.30 | Chancen und Grenzen der Sozialpädagogik | Philipp Walkenhorst (Univ. Dortmund) |
| | 17.15 | Jugendcliquen und Subkultur | Michael Kohlstruck (Berlin) |
| 2. November 1999 | 9.30 | Rechtsextremismus in den Neuen Ländern und in Osteuropa im Vergleich | Markus Mathyl (ZfA, Berlin) |
| | 10.15 | Gewalt und Rechtsextremismus in den Biographien von Jugendlichen | Gerhard Kümmel (Soz.wiss. Inst. d. Bundeswehr, Strausberg) |
| | 11.30 | Dispositionen Jugendlicher zu Radikalität und Gewalt | Ute Benz (Berlin) |
| | 12.15 | Prävention und Intervention gegen Jugendgewalt | Heinz Cornel (Alice-Salomon-FH, Berlin) |
| | 14.00 | Wahrnehmung der Fremdenfeindschaft durch Zuwanderer | Barbara John (Ausländerbeauftragte d. Berliner Senats) |
| | 14.45 | Jugendgewalt und Polizei, Podiumsdiskussion | Sven Sodemann (LKA Brandenburg, Basdorf)<br>Michael Einsiedel (AG Gruppen gewalt, Berlin)<br>Norbert Pütter (FU Berlin)<br>Moderation: Rainer Kühnel (FH für Verwaltung und Rechtspflege,<br>Berlin) |
| | 16.45 | Politische Bildung als Daueraufgabe | Hans Misselwitz (Landesz. f. polit. Bildung, Potsdam) |
| | 17.30 | Ende der Konferenz | |

### Reihe Lebenszeugnisse im Literaturforum

im Brecht-Haus, Chausseestr. 125, 10115 Berlin, jeweils um 20.00

**21. Oktober 1999 Die Feuerprobe**
Anita Rivin im Gespräch mit Wolfgang Benz

Anita Rivin, geboren 1924 in Wien, konnte 1939 mit einem Kindertransport des Roten Kreuzes nach England emigrieren. Dort lebte sie bis 1942 in einem Hotel, bis sie illegal nach Palästina einwanderte. Als Feuilletonistin debütierte sie in der hebräischen Zeitung „Maariv“, publizierte in der englischsprachigen „Jerusalem Post“ und schließlich auch in deutschsprachigen Zeitungen.Anita Rivin erhielt 1996 vom „Reader’s Digest“ den „National Self Publishing Award“.

**25. November 1999 Als Jugendliche im Warschauer Ghetto und auf der ‚arischen‘ Seite**
Alina Margolis- Edelmann im Gespräch mit Wolfgang Benz

In Lodz geboren, befand sich Alina Margolis während des Krieges mit ihrer Mutter und dem kleinen Bruder im Warschauer Ghetto, wo sie als Schwesternschülerin im Ghetto- Krankenhaus arbeitete. Der Mutter gelang es, die Kinder auf die „arische“ Seite zu bringen, wo Alina als vermeintliche Tochter eines polnischen Offiziers untertauchte. Sie beteiligte sich am Warschauer Aufstand im August 1944 und gehörte danach zu einer Gruppe von Jugendlichen, der es gelang, die Ghettokämpfer, darunter ihr späterer Mann Marek Edelmann, aus dem menschenleeren, völlig zerstörten Warschau, vorbei an den deutschen Wachposten, zu geleiten. Alina Margolis- Edelmann engagierte sich in zahlreichen Hilfsorganisationen und reiste als Ärztin in die verschiedenen Krisengebiete, wie z.B. nach El Salvador, Guatemala, Nicaragua, Afghanistan, in den Libanon und den Tschad. Ihre Erlebnisse im Ghetto schildert sie in „Als das Ghetto brannte. Erinnerungen an Lodz und Warschau“, Metropol Verlag, Berlin 1999, DM 28,00 (erscheint im Oktober 1999).

**16. Dezember 1999 Vom „Großen Vaterländischen Krieg“ in die Arme des GULAG**
Joseph Eiduss im Gespräch mit Wolfgang Benz

Joseph Eiduss wurde 1916 in Riga geboren. Wegen seiner Mitgliedschaft in einer kommunistischen Jugendorganisation verbringt er während des Ulmanis-Regimes vier Jahre Haft in lettischen Gefängnissen und Arbeitslagern. Nach seiner Entlassung 1938 emigriert er nach England. Er entschließt sich nach dem deutschen Angriff auf die Sowjetunion, in der UDSSR gegen die nazionalsozialistischen Aggressoren zu kämpfen. Nachdem seine Truppe vollständig aufgerieben ist, kehrt Joseph Eiduss nach Moskau zurück und wird Nachrichtenredakteur beim sowjetischen Rundfunk. In Riga, wo er inzwischen wieder lebt, erreicht Eiduss 1953 die Aufforderung, in Taschkent eine Universität aufzubauen. Im Glauben nach Taschkent zu reisen, endet die Fahrt jedoch im berüchtigten NKWD- Untersuchungsgefängnis. Der Spionage verdächtigt, wird Joseph Eiduss zu zehn Jahren Arbeitslager in Sibirien verurteilt. Der Tod Stalins und das damit einsetzende politische Tauwetter ermöglicht ihm die vorzeitige Heimkehr nach Riga.

---

## Neues Forschungsprojekt zur Entwicklung und Wirkung von „Zigeuner“-Stereotypen

Zusammenhang von Kriminalbiologie, Gesetzgebung und Rechtsprechung zwischen 1880 und 1960 soll untersucht werden

Das Zentrum für Antismistismusforschung hat ein neues Projekt zu „Zigeuner“-Stereotypen bei der Deutschen Forschungsgemeinschaft beantragt. Es soll Funktion und Wirkung der These einer spezifischen „Zigeunerkriminalität“ untersuchen, wie sie die Kriminalbiologie seit den achtziger Jahren des neunzehnten Jahrhunderts in Deutschland aufgestellt hat. Das Projekt konzentriert sich damit auf das wirksamste Stereotyp der Mehrheitsgesellschaft gegen die Minderheit der Sinti und Roma. Bis heute fehlt jeder empirische Beleg für die Behauptung, „Zigeuner“ seien krimineller als andere Bevölkerungsgruppen. Trotzdem kursierte die These als unhinterfragte Annahme im wissenschaftlichen, politischen und juristischen Bereich, bis die Kriminalbiologie in den sechziger Jahren des zwanzigsten Jahrhunderts ihre Bedeutung verlor. Eine Längsschnittanalyse soll die Wirkung des Stereotyps in Kriminalwissenschaft, Gesetzgebung und Rechtsprechung zwischen 1880 und 1960 herausarbeiten. Politikwissenschaftliche Methoden dienen dabei der Analyse von Einflußstrukturen, Entscheidungsprozessen und Diskussionszusammenhängen. Neben Ministerialakten und der zeitgenössischen Publizistik sollen Strafprozeßakten gegen Sinti und Roma als bisher von der Forschung ungenutzte Quelle ausgewertet werden. Bearbeiter soll der Politikwissenschaftler Peter Widmann sein.

---

## Forschungsprojekt „Bosnische Romaflüchtlinge in Berlin“ verlängert

Das seit Mai 1998 laufende und von der Deutschen Forschungsgemeinschaft geförderte Projekt „Bosnische Romaflüchtlinge in Berlin – Lebenssituation vor der Flucht und Perspektive einer Repatriierung“ wurde verlängert. Erste Forschungsergebnisse, die die Bearbeiterin Dr. Brigitte Mihok im Jahrbuch für Antisemitismusforschung 8 (1999) vorgelegt hatte, haben gezeigt, wie die Rückkehrwilligkeit der bosnischen Romaflüchtlinge durch fehlende Voraussetzungen vor Ort konterkariert wird und die Realität von Flüchtlingsschicksalen mit politisch zweckmäßigen Vermutungen und stereotypen Vorstellungen kollidiert. Das Projekt soll im Mai 2000 abgeschlossen werden.

---

## Nachrichten

**Neuerwerbung der Bibliothek**
Die Bibliothek des Zentrums für Antisemitismusforschung hat eine aus Belgien stammende Sammlung von rund 280 Bänden erworben, die aus dem Besitz des Brüsseler Professors de Smaele stammt. Es handelt sich um Quellen und Darstellungen zur Geschichte der NS-Bewegung – vorwiegend in französischer, englischer und holländischer Sprache – aus den Jahren 1920 bis 1960, darunter viele Klassiker der Exilliteratur, internationale Deutungen des Phänomens Hitler, NS-Schriften und Nachkriegsliteratur, u.a. über die Nürnberger Prozesse.

**Mitarbeit an der „Task Force for International Cooperation on Holocaust Education, Remembrance and Research“**

Auf Initiative des schwedischen Ministerpräsidenten Goran Persson trafen sich im Mai 1998 erstmals Vertreter der schwedischen, britischen und amerikanischen Regierungen in Stockholm, um eine bisher einzigartige Initiative ins Leben zu rufen, die „Task Force for International Cooperation on Holocaust Education, Remembrance and Research“. Im September 1999 wurden Israel und Deutschland Mitglied dieser Task Force, inzwischen haben sich auch die Niederlande, Polen und Frankreich angeschlossen. Als Personal Advisor steht der internationalen Task Force Gruppe Professor Yehuda Bauer von Yad Vashem zur Seite.
Zwar haben Israel, Deutschland und andere Länder in den letzten Jahrzehnten große Anstrengungen unternommen, einen „Unterricht zur Auseinandersetzung mit dem Holocaust“ (Holocaust Education) in der schulischen und außerschulischen Bildung zu verankern. Aber zum ersten Mal wurde auf Regierungsebene eine internationale Zusammenarbeit mit diplomatischer Unterstützung beschlossen, die in gemeinsamer Verantwortung daran arbeitet, daß die Verbrechen des Holocaust nicht vergessen werden.
Eine wichtige Aufgabe der Task Force wird sein, Ländern, in deren Bildungs- und Erziehungssystem die Auseinandersetzung mit dem Holocaust nur wenig verankert ist, Anstöße, Anregungen und aktive Unterstützung zu geben.
Verantwortlich für die deutsche Gruppe ist MDg Dr. Albert Spiegel vom Auswärtigen Amt. Als deutsche Vertreterin für das internationale „Academic Subcommittee“ der Task Force wurde Dr. Beate Kosmala/Zentrum für Antisemitismusforschung vom Auswärtigen Amt benannt.
Im Rahmen der Task Force wird auf Einladung des schwedischen Premierministers vom 26. bis 28. Januar 2000 „The Stockholm International Forum on the Holocaust. A Conference on Education, Remembrance and Research“ stattfinden.

**Stereotypen und Vorurteile gestern und heute**
Mitarbeiter des Zentrums für Antisemitismusforschung gestalten in Zusammenarbeit mit der Evangelischen Akademie der schlesischen Oberlausitz in Görlitz eine Tagung zum Thema „Stereotypen und Vorurteile gestern und heute“.
Termin: 26.-28. November 1999
Anmeldung: schriftlich bis 20. November an Evangelische Akademie Görlitz, Postfach 300344, 02808 Görlitz, Fax: 035829/63888 (Teilnahme und Übernachtung DM 60.-)

---

## Verein der Freunde und Förderer des Zentrums für Antisemitismusforschung

Der Verein der Freunde und Förderer des Zentrums für Antisemitismusforschung bittet seine Mitglieder, den Mitgliedsbeitrag für das Jahr 1998 von mindestens DM 60.- zu entrichten.
(Bankverbindung: Hypo Bank Berlin-Mitte, Ktnr.: 5220101241, BLZ: 10120760)

---


## IMPRESSUM

Verantwortlich: Prof. Dr. Wolfgang Benz
Redaktion: Dr. Juliane Wetzel
Adresse:
Zentrum für Antisemitismusforschung, TU Berlin
Ernst-Reuter-Platz 7, 9. OG.
D-10587 Berlin
Tel: (030) 314-21397 bzw. (030) 314-23154
Fax: (030) 314-21136
e-mail: wetz0154@mailszrz.zrz.ZU-Berlin.de
Abdruck gegen Belegexemplar